

critica

Zeitung von Die Linke.SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) ★ Ausgabe Nr. 5 / 2010 ★ www.linke-sds.org



Stoppen sie Schwarz-Gelb?

Wieso über die AKW-Laufzeitverlängerung auf der Straße entschieden wird **S. 8-11**

Stuttgart 21: Alex Demirovic über die Grenzen der Demokratie im Kapitalismus S. 3

Öko-Strom-Debatte: Können Kunden Kämpfer werden? S. 11

Sarrazin & Co: Wie die Hetze gegen Muslime dem Antisemitismus ähnelt S. 4-5

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

für die schwarz-gelbe Regierung ist die AKW-Laufzeitverlängerung bereits beschlossene Sache. Doch mehrere zehntausend Menschen werden sich im November der Atompolitik der Regierung entgegenstellen (S.8-9). Dieser Protest ist nicht nur ein symbolischer. Denn er macht klar, dass Schwarz-Gelb konsequent gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung regiert. Nicht nur ist eine Mehrheit gegen Atomkraft. Ebenso lehnt die Mehrheit der Bevölkerung das Kürzungspaket der Bundesregierung ab, das immer mehr Menschen in Armut treibt (S.6). Die Angst vieler Menschen vor dem sozialen Abstieg führt dazu, dass auch Rechtspopulisten an Zuspruch gewinnen. Dabei wird Sarrazins Hetze gegen Muslime oft nicht als Rassismus erkannt, obwohl sie dem Antisemitismus ähnelt (S.4-5). Doch es gibt auch andere Entwicklungen. Die Proteste gegen Stuttgart 21 zeigen, dass die Herrschenden nicht mit allem durchkommen. Dort bringen die Proteste die schwarz-gelbe Landesregierung in Schwierigkeiten. Was den Schwaben gelingt, kann auch bundesweit klappen. Wir sehen uns im Wendland,

Eure critica-Redaktion

Info

Was im Wintersemester passiert

Außerhalb der Hörsäle geht das Leben weiter. Critica stellt die vier wichtigsten Protesttermine in diesem Semester vor.

Castor-Proteste

Großdemonstration gegen den Castor-Transport am Samstag, 6. November in Dannenberg. Danach mehrere Tage Blockade- und Protestaktionen, die von Protestcamps ausgehen. Darunter die Kampagne „Castor schottern“, bei der tausende Menschen in Gruppen zu den Gleisen gehen und den Schotter wegtragen. Dadurch werden die Bahngleise für den Castor-Transport unbefahrbar. Mehr Informationen auf ausgestrahlt.de und castor-schottern.org

>> 8-9

Studi-Konferenz

Studierendenkonferenz der Fraktion DIE LINKE. Themen unter anderem: „Prekäre Forschung, vernachlässigte Lehre“, „Castor, Stuttgart 21, Nazi-Blockade in Dresden: Die Renaissance zivilen Ungehorsams?“ Mit den LINKE-Abgeordneten Klaus Ernst und Sahra Wagenknecht. Fahrtkosten können bei Bedarf erstattet werden. Freitag, 3. Dezember, 12 bis 18 Uhr, Bundestag in Berlin. Info: linksfraktion.de

>> 6

Krisen-Demos

Für den Herbst sind eine Reihe von Protesten gegen die als „Sparen“ getarnte Umverteilungspolitik geplant. Der DGB führt in verschiedenen Städten Aktionen durch, die in Großdemonstrationen am 13. November gipfeln sollen: www.dgb.de/herbstaktion ★ In Berlin mobilisiert ein breites Bündnis zu einer Belagerung des Bundestages am 26. November, dem Tag der Verabschiedung des Sparpaketes. Ziel der Aktion ist es, den Protest in die Bannmeile direkt vor den Reichstag zu tragen und so ein Zeichen des Widerstandes gegen die Kürzungspolitik zu setzen: www.kapitalismuskrise.org

>> 7

Nazi-Blockade

Blockade des größten Nazi-Aufmarsches des Jahres. Das breite Bündnis „Dresdener Nazifrei“ aus Bürger-Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und Antifa-Gruppen ruft zur friedlichen aber entschlossenen Blockade der Demonstrationsroute der Nazis auf. Mitte Februar in Dresden.

>> 5



Beim Anlegen der Protest-Uniform ist oftmals Hilfe erforderlich.

Impressum



Critica. Semesterzeitung von Die Linke.SDS, Nr. 5 / 2010
 Anschrift: critica, c/o Die Linke.SDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
 Redaktion: Jenny Baron, May Naomi Blank, Janis Ehling, Ole Guinand, Jana Kling, Hans Krause, Sarah Nagel, Martin Niewendick, Jonas Rest, Jan Vahlenkamp
 Layout: Alexandra Cooper, Jonas Rest
 V.i.S.d.P.: Steffi Graf
 Anzeigen: anzeigen@critica-online.de,
 Bestellungen: bestellungen@critica-online.de, Internet: www.critica-online.de

Kongress

Medienakademie

Die nächste Linke Medienakademie (LiMA) findet vom 9. bis 13. März 2011 in Berlin statt. Dort gibt es über 100 Workshops über alles, was mit linken „Medien“ zu tun hat: Flugblatt schreiben, Pressearbeit, Journalismus, Fotografie und vieles mehr. Gearbeitet wird in verschiedenen Gruppen, jeweils speziell für Anfänger, Fortgeschrittene und Experten. Lernen kann man zum Beispiel: „Wie recherchiere ich optimal im Internet?“ oder „Souveräner

sprechen am Mikrophon und auf dem Podium“. Dieses Jahr nahmen 950 Menschen an der LiMA teil, davon zwei Drittel unter 35 Jahre alt. Die Akademie ist sehr gut für linke Studierende geeignet, die ihre politische Arbeit an den Universitäten verbessern wollen. ★ Alle Informationen zu Seminaren und Referenten sowie die Anmeldung für die Kurse auf der Internetseite: www.lima-akademie.de.

Broschüre

Zurück zur Kritik

Die Broschüre „Kritik an die Uni“ der Arbeitsgemeinschaft „Kritische Wissenschaften“ der Linke.SDS fragt, wie sich die Ökonomisierung der Universitäten auf die Wissenschaft auswirkt. Dabei werden verschiedene Fächer wie zum Beispiel Jura, VWL und Biologie untersucht. Es wird gezeigt, wie die Wissenschaft die Regeln der Privatwirtschaft verinnerlicht und dadurch die bestehenden Machtverhältnisse festigt, statt sie infrage zu stellen.

Die Linke.SDS will mit dieser Broschüre einen Grundstein legen, um eine neue Phase kritischer Wissenschaft an den Hochschulen zu beginnen, die an den Marxismus und die Frankfurter Schule anknüpft. ★ Mehr dazu im Internet unter www.linke-sds.org. Die Broschüre kann online kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden auf: linke-sds.org/fileadmin/linke-sds/Publikationen/Kriwi-Broschuere_2_.pdf



critica ★ Wenn du Interesse an Texten, Fotografie oder Layout hast, nimm mit uns Kontakt auf

Ich interessiere mich für...

- Artikel schreiben (Print/Online)
- Layout
- Fotografie
- Webdesign

Name:

E-Mail:

Telefon:

Ort:

Einfach ausfüllen und abschicken an: critica c/o Die Linke.SDS; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oder per Mail: info@critica-online.de





Wasserwerfer im Einsatz: Stuttgarts Landesregierung mobilisiert ihre stärksten Argumente für den Bahnneubau.

„Arroganz der Macht“

Beim Bahnprojekt Stuttgart 21 geht die Regierung mit Gewalt gegen ihre Bürger vor. **Alex Demirovic** meint, dass die Demokratie immer mehr zugunsten von Großprojekten fallen gelassen wird

Interview



Alex Demirovic ist Professor für Politikwissenschaft an der TU Berlin. Er ist einer der prominentesten Vertreter der kritischen Theorie.

Die baden-württembergische Landesregierung setzt den Bahnneubau Stuttgart 21 mit aller Gewalt gegen die Bevölkerung durch. Was steckt dahinter?

Bei Stuttgart 21 geht es nicht nur um Verkehrsinfrastruktur, sondern auch um große Investitionssummen. Erst einmal beim Bau des Bahnhofs und der Strecken. Dazu kommt neues Bauland durch die Verlagerung des Bahnhofs unter die Erde. Das ist ein großes Geschäft für die Bahn AG, das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, die Bauindustrie und für Immobilienhändler.

Geht es nicht inzwischen um sehr viel mehr als nur um einen Bahnhof?

Ich denke schon. Die Protestierenden richten sich nicht nur gegen einen Bahnhof, sondern gegen die gesamte Richtung der Politik: gegen Großprojekte und gegen die

Die Politik will in Stuttgart beweisen, dass sie sich gegen Widerstand durchsetzen kann

Arroganz technokratischer Machtausübung. Für die andere Seite geht es um die Zuverlässigkeit der Politik. Darum, dass herrschende Politik eben beweisen muss, dass sie

Entscheidungen auch gegen Widerstand der Leute durchsetzen kann, weil, wie Bahnchef Grube sagt, sonst kein Großprojekt mehr zu verwirklichen wäre.

Die Projektbefürworter argumentieren, dass das Bahnprojekt sehr wohl demokratisch legitimiert ist.

Im Sinne formeller Verfahren ist das Projekt demokratisch legitimiert. Aber wenn Bahnchef Grube sagt, es gibt kein Recht auf Widerstand gegen das Bahnprojekt, ist das trotzdem eine falsche Aussage. Wenn die Leute das Gefühl haben, dass sie in den Verfahren über den Tisch gezogen wurden, stellen sie zu Recht die von der Politik getroffenen Entscheidungen ebenso wie die Verfahren infrage. Das Grundrecht auf Demonstration und Aktionen zivilen Ungehorsams haben genau diesen demokratiepolitischen Sinn, auf Revision von Entscheidungen zu drängen.

Kritiker sagen, dann hätten sich die Bürger eben vorher einmischen sollen.

Das haben sie getan, in Verwaltungsgerichtsverfahren, in öffentlichen Diskussionen und Protesten. Vor der Unsinnigkeit des Projekts wurde vielfach gewarnt. Doch solche Projekte wie Stuttgart 21 laufen

über lange Zeit. Viele derjenigen, die heute dagegen protestieren, dass ein Teil ihrer Lebensumwelt vernichtet wird, waren noch sehr jung, als das Projekt ausgedacht und erste Verbindlichkeiten geschaffen wurden. Wer kann sich die ganze Zeit darum küm-

Politik und Verwaltung legen keinen Wert auf die stetige Beteiligung der Menschen

mern außer der staatlichen Verwaltung und professionellen Politikern? Darüber hinaus legen Politik und Verwaltung keinen Wert auf die stetige Beteiligung der Leute. Das ist der Sinn staatlicher Verfahren. So entsteht eine Autonomie des Staates, die sich gegen die Interessen der Menschen zur Geltung bringt.

Ist das eine neue Entwicklung?

Nein, nicht völlig neu. Aber es ist in den letzten Jahren der Trend zu beobachten, dass immer mehr Entscheidungen in informelle Governance-Gremien verlagert werden, also weg von Parteien und Parlamenten, die für die Öffentlichkeit noch halbwegs berechenbar und transparent sind.

Abgesehen von Stuttgart 21, wo ist das noch zu beobachten?

Zum Beispiel bei der Hartz-Kommission oder den Gremien, die im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung geschaffen wurden. Das sind nur wenige Personen, die über hunderte Milliarden Euro entscheiden, und das am Par-

lament vorbei. Insofern konnte man 2008 von einem Finanzstaatsstreich sprechen. Genauso ist es bei Großprojekten wie Stuttgart 21: Experten in Ausschüssen bereiten Verfahren vor und das Parlament nimmt dann diesen riesigen Aktenberg zur Kenntnis. Die meisten Abgeordneten können diesen oft nicht beurteilen, weil auch sie nicht über die gesamte Zeit am Verfahren beteiligt sind.

Wird der Staat auch gewalttätiger im Zuge dieses Prozesses? In Stuttgart wurden vorher noch nie Wasserwerfer gegen Demonstrierende eingesetzt.

Eine lineare Zunahme staatlicher Gewaltpraxis ist schwer zu belegen. Vielleicht war die Polizei in Stuttgart noch nicht so gewalttätig, eben weil die Bevölkerung so brav war und Filbinger, Späth, Teufel und Oettinger immer gefolgt ist. Aber in Städten wie Frankfurt, Berlin oder Hamburg sind das keine ungewohnten Erfahrungen. Bei den Protesten gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens in den frühen 80er Jahren wurden Menschen unter SPD-geführten Regierungen krankenhaushausreif geschlagen. Es kam bei Polizeieinsätzen sogar zu Todesfällen. Da waren zeitweise auch die Grünen in Hessen an der Regierung beteiligt. Man muss sagen, dass die Auseinandersetzungen zwischen Protestbewegungen und Staatsapparat phasenweise schon sehr viel härter waren, als sie es jetzt sind. Aber eine Herausforderung stellt dies für eine demokratische Gesellschaft allemal dar. ★

Interview: Ole Guinand



Die neuen Hetzer

Die Hetze gegen Muslime von Sarrazin & Co wird nicht als Rassismus erkannt. Dabei ähnelt sie dem Antisemitismus. Von **Jana Werner** und **Franziska Lindner**

In dem Wahlwerbespot schiebt eine schwedische Rentnerin eine Gehilfe vor sich her. Sie will ihre Rente abholen. Plötzlich wird sie von einer Horde Muslima in Burka mit Kinderwagen überrennt, die der Rentnerin die Sozialleistungen wegschnappen wollen.

Der Spot zeigte Wirkung: Den rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“ gelang es im September erstmals, ins Parlament einzuziehen. Und nicht nur in Schweden: Europaweit setzen rechtskonservative und rechtsextreme Parteien auf Islam-Bashing - und bekommen massiven Zulauf. Die Partei des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders ist vor vier Monaten zur drittstärksten Kraft im Parlament geworden. Ohne sie kann die niederländische Mitte-Rechts-Regierung kein Gesetz mehr durchsetzen. Und in Deutschland steht Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ seit Wochen auf Platz eins der Bestseller-Liste. 18 Prozent sagen, dass sie eine Sarrazin-Partei wählen würden.

Die Hetze gegen Muslime hat Hochkonjunktur. Sie lenkt von einer Politik ab, die dazu führt, dass immer mehr Menschen von Prekarisierung bedroht sind und die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise am eigenen Leib zu spüren bekommen. Damit sich die Wut der Bevölkerung nicht gegen Regierung oder Banken und Konzerne richtet, greifen rechte Medien die Hetze gegen Muslime auf und verschaffen ihr eine größtmögliche Öffentlichkeit. So veröffentlichte „Bild“ täglich neue Ausschnitte aus Sarrazins

Buch und pries dessen wissenschaftlich unhaltbare Thesen als „knallharte Analyse“. Nicht die Kürzungspolitik der Bundesregierung, sondern muslimische Migranten werden so zum Problem der Gesellschaft erklärt. Deutschland debattierte über Integration und nicht die größte Kürzungsoffensive seit der „Agenda 2010“ der SPD-Grüne-Regierung. Auch über die Bild-Zeitung hinaus zeigt die

Sarrazin benutzt ähnliche Bilder wie die Antisemiten

Sarrazin-Debatte in den Medien: Die Hetze gegen Muslime wird oft nicht als Rassismus erkannt. Anders als Sarrazins „Juden-Gen“-Äußerung, lösten seine Aussagen über Muslime kaum Empörung aus. Umfragen zeigen, dass große Teile der Bevölkerung Sarrazins Positionen teilen.

Dabei ähnelt das Angst-Szenario, das Sarrazin heraufbeschwört, den Bildern und Motiven,

Weiterlesen & diskutieren

Seminar zum Thema: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen - (antimuslimischer) Rassismus im Kontext der aktuellen Integrationsdebatte“, 10. - 12.12.2010 in Hamburg,

www.wochenendseminar.blogspot.de ★ „Block Fascism!“ heißt die Broschüre über Strategien gegen rechtsradikale Parteien und Bewegungen. Auf 76 Seiten wird dargestellt,

die auch die Antisemiten zu Beginn des Jahrhunderts benutzten.

Heinrich von Treitschke, ein renommierter Historiker und Publizist, sah Deutschland schon Ende des 19. Jahrhunderts von Feinden umringt und im Inneren durch die fehlende Bereitschaft - damals der Juden - sich zu assimilieren, bedroht und verschaffte damit dem Antisemitismus durch seine Autorität Schubkraft. Er warnte vor dem Zustrom „strebsamer, Hosen verkaufender Jünglinge“, die „aus der unerschöpflichen polnischen Wiege“ Jahr für Jahr über die Ostgrenzen hereindrängen und „deren Kinder und Kindeskinde der einst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen.“

Heute wird der Kinderreichtum der Muslime als „taktische Waffe“ im Kampf um die „Islamisierung Europas“ beschworen. Durch ihre „hohe Geburtenrate“, argumentiert Sarrazin, „eroberten“ die muslimischen Migranten Deutschland.

Diese Eroberungsthese Sarrazins, der Kern seines Buches „Deutschland schafft sich ab“,

ist aus dem antisemitischen Diskurs bereits bekannt. Treitschke schrieb 1879, „die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volkstum mit dem unseren verschmelzen können.“ Er schloss daraus: „Die Juden sind unser Unglück.“ Ein Satz, der kaum ein halbes Jahrhundert später im Nationalsozialismus traurige Berühmtheit erlangen sollte.

Juden galten als gefährliche Fremdkörper, die sich nicht integrieren wollen

Obwohl nur weniger als ein Prozent der deutschen Bevölkerung um die Jahrhundertwende Juden waren, galten sie bald als gefährliche Fremdkörper, die sich nicht integrieren wollten. Forderungen an die Juden, Predigten in Deutsch abzuhalten und sich nicht von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten, wurden laut - ähnlich wie heute selbst in liberalen Zeitungen über den Islam und Parallelgesellschaften diskutiert wird.

Doch was dort als „Islamkritik“ verharmlost wird, bedeutet für die Betroffenen längst alltägliche Übergriffe - nicht nur verbal.

Der Mörder der 2009 ermordeten Muslimin Marwa El Sherbini erklärte, diese habe ihn mit dem Tragen des Kopftuches als Deutschen „beleidigt“. In einem rechten Internet-Forum kommentierte ein Benutzer, nun gebe es wenigstens „eine islamische Gebärmachine weniger.“ ★

was Faschismus ausmacht, warum die Nazis an die Macht kamen und wie gefährlich die Rechten heute sind. Zu bestellen im Internet unter: www.linke-sds.org ★

Hintergrund



Die Profiteure der Hetze

Die NPD frohlockt über Sarrazin. Hetze gegen Muslime wird zum Kern der Strategie der Nazis

Die NPD frohlockt über das „regelrechte NPD-Buch“ von dem Ex-Bundesbank-Vorsitzenden Thilo Sarrazin. Der Grund: „Dem Bundesbank-Vorstand kommt der große Verdienst zu, die Überfremdungskritik der NPD endgültig salonfähig zu machen.“ Die Nazi-Partei hat den Rassismus gegen Muslime längst zum Kernelement ihrer Aufbastrategie gemacht und klebte im

Fokus“ zu rücken, die „sich die meisten Inländer außer Landes wünschen. Die nationale Opposition ist wahltaktisch gut beraten, die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Salopp formuliert: Man hat propagandistisch die Moslems zu schlagen, um noch ganz andere Ausländergruppen politisch zu treffen.“

Wer mit den „ganz anderen“ Gruppen gemeint ist, macht die NPD unmissverständlich deutlich: „Konkret heißt das: der Jude ist nicht plötzlich mein Freund, weil ich gegen Moslems bin. Über Deutschland darf weder der Halbmond noch der Davidstern hängen!“ Bereits heute bedrohen Nazis Menschen und greifen sie gewalttätig an, um nach Vorbild der NSDAP den „Kampf um die Straße“ zu gewinnen. „In einigen Regionen erodiert längst die Demokratie“, fasst NPD-Experte Toralf Staud die Bedrohung durch die Nazis zusammen.

Die NPD will mit Islamkritik ihre politische Isolierung durchbrechen

Frühsommer bei den NRW-Wahlen vor allem Plakate gegen Muslime. In einem NPD-Strategiepapier wird klargestellt, dass „der Kampf gegen die islamische Überfremdung das Kernthema nationaler Kampagnen“ sein muss, da der „Islamkritik eine politische Eisbrecher-Funktion“ zukomme. In dem NPD-Papier wird die Anweisung gegeben, „genau die Ausländergruppe in den

Faktencheck

Die Lügen über Muslime

Hetze gegen Muslime hält einer Überprüfung der Fakten nicht Stand

„Muslime unterwandern Demokratie und Rechtsstaat. Sie wollen in Deutschland die **Scharia** einführen.“

Nach einer Studie des US-Instituts Gallup artikulierten 40 Prozent der befragten Muslime eine „enge Bindung zur Bundesrepublik“, bei den nicht-muslimischen Befragten waren es nur

32 Prozent. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, dass bei 89 Prozent der Muslime Demokratie ein hohes Ansehen genießt. Muslime in Deutschland lehnen also demokra-

tische Werte nicht ab, sondern „akzeptieren demokratische Institutionen, das Justizwesen und die Menschenrechte als Bausteine ihrer Gesellschaft“, schlussfolgert die Gallup-Studie.

„Muslime begehen **Ehrenmorde**. Das liegt an der Rückständigkeit des Islams.“

Der Ehrenmord an Frauen, die unehelichen Sex hatten, entstammt einer rückständigen frauenfeindlichen Einstellung, die aber nichts mit dem Islam zu tun hat. Auch im katholisch

geprägten Lateinamerika kommen „Ehrenmorde“ häufig vor. Dort gibt es dafür nur einen anderen Begriff: „crimen passionale“. Ehrenmorde können daher Studien zufolge nicht auf eine bestimmte

Religion zurückgeführt werden, sondern haben soziale Ursachen. So steigt die Bereitschaft Ehrenmorde zu begehen durch eine Sozialisation in unterentwickelten, ländlichen Gegenden.

„Muslime bilden **Parallelgesellschaften**. Damit wollen sie sich abschotten.“

88 Prozent der Muslime in Deutschland möchten nicht nur mit Menschen mit derselben ethnischen Abstammung und Religion wie ihrer eigenen leben. In der Studie des US-Meinungsfor-

schungsinstituts Gallup wird klargestellt: „Die Umfrageergebnisse räumen mit dem Märchen auf, dass die meisten Moslems isoliert von der Gesamtgemeinschaft leben möchten. Wenn

Moslems tatsächlich in ethnisch oder religiös homogenen Wohngebieten leben, ist dies meist eher eine Folge der wirtschaftlichen Gegebenheiten als die eigene, freie Wahl.“

Viele weitere Fakten gegen die Hetze von Sarrazin & Co finden sich in der Broschüre „Linke Argumente gegen rechte Hetze“ unter www.die-linke.de

Interview

„Die Polizei zwingen, die Nazis nicht durchzulassen“

Stefan Thiele erklärt, wie im Februar 2011 der größte Nazi-Aufmarsch des Jahres blockiert wird



Stefan Thiele
Kampagne Dresden Nazifrei

Wie sollen die Nazis blockiert werden?

Wir haben sie schon diesen Februar blockiert. Mehrere tausend Menschen werden nächsten Februar nach Dresden kommen und den Aufmarschplatz der Nazis zu besetzen. Nächstes Mal werden auch viel mehr Dresdner an der Blockade teilnehmen als 2010.

Woher weißt du das?

Unser Bündnis gegen Nazis ist breiter

geworden: Jetzt sind auch Grüne dabei, Sozialdemokraten und noch mehr Gewerkschafter. Zudem hatten dieses Jahr noch viele Dresdner Angst vor der Blockade. Das wird nächstes Jahr anders sein. Denn viele Leute haben mitbekommen, dass nur durch diese Blockade die Nazis tatsächlich gestoppt werden konnten.

Wird die Polizei das zulassen?

Das hängt davon ab, wie viele wir sind.

Dieses Jahr hat es die Polizei nicht gewagt, die Blockaden aufzulösen. Wenn mehrere Tausend auf der Straße sind, wird die Polizei wieder gezwungen sein, die Nazis nicht durchzulassen. Und wenn solche Blockaden öfter gelingen, wird den Nazis bald die Puste ausgehen.

Wie kann man an der Blockade teilnehmen?

Aus vielen Städten in Deutschland, Österreich und Tschechien werden Busse zur Blockade fahren. Oft gibt es lokale Bündnisse gegen rechts, die Busse organisieren. Selbst wer nicht zur Blockade kommt, kann auf unserer Internetseite Aufkleber und Plakate bestellen oder Geld spenden, damit wir mehr Druck machen können. ★

Als die Nazis zum ersten Mal gestoppt wurden

Rechtsradikale Organisationen aus ganz Mitteleuropa missbrauchen das Gedenken an die Opfer der Bombardierung 1945 in Dresden, um am 13. Februar ihre größte

Machtdemonstration des Jahres aufzubauen. Doch 2010 gelang es 12.000 Menschen, den braunen Mob aufzuhalten, indem sie sich gemeinsam auf die Route der Nazis

stellten und ihnen den Weg versperrten. Entscheidend dafür war ein gemeinsames Bündnis aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und vielen anderen.

Manche sagen, Nazis haben auch das Recht zu demonstrieren.

Wir haben eine andere Auffassung von Demokratie. Demokratie heißt, sich einzumischen und den Feinden einer offenen Gesellschaft entgegenzutreten. Das Beispiel Weimarer Republik hat gezeigt, dass eine Demokratie verteidigt werden muss.

Materialien zum Bestellen und aktuelle Infos unter: www.dresden-nazifrei.com

Wie die Lübecker ihre Uni retteten

Als CDU und FDP den Medizin-Studiengang kürzen wollten, ging eine ganze Stadt auf die Barrikaden. Und verhinderte die Schließung ihrer Fakultät. Von **Sarah Nagel**



14.000 protestierten am 16. Juni 2010 in der Landeshauptstadt Kiel. Die größte Demonstration in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten

Wie eine Bombe platzte der Satz in das Treffen der Studierendenvertreter: „Das Medizinstudium in Lübeck wird auf Grund der begrenzten Ressourcen bei der Förderung exzellenter Forschung und Lehre nach Kiel verlagert“, hieß es in der langen Liste der Sparmaßnahmen der Landesregierung, die den AStA erreichte.

Nicht nur das: die ganze Stadt war von den Kürzungsplänen der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein betroffen. Und kämpfte gemeinsam mit den Studierenden gegen die Streichungen. Schon etwa einen Monat zuvor wurden Pläne über die Privatisierung des Lübecker Uniklinikums bekannt. Diese Entscheidung hätte nicht nur Folgen für Angestellte und Patienten gehabt, sondern auch die Studierenden direkt in ihrer Ausbildung betroffen. Daher rief der AStA eine Vollversammlung an der Universität ein, um am Morgen des 25. Mai

gemeinsam mit den Klinikmitarbeitern zu demonstrieren.

Die Medizinstudenten auf den Barrikaden. Das entspricht nicht den gängigen Klischees. Doch in Lübeck ging es gar nicht anders, meint Matthias Salzenberger vom

Mehr als 50 % der Studierenden waren von der drohenden Schließung betroffen

AStA Lübeck: „Mehr als die Hälfte der Studierenden sind in diesem Studiengang eingeschrieben, die anderen Studiengänge sind in Lehre und Forschung eng mit der Medizin verzahnt. Das Aus der Medizin wäre wahrscheinlich nur der Anfang vom Ende der Uni gewesen.“

Auch von außerhalb bekamen die Lübecker Unterstützung. Aus Kiel und Flensburg kamen Studierende. Auch sie sind betroffen von den geplanten Bildungskürzungen. Bis

2020 sollen etwa 153 Millionen Euro gestrichen werden.

Von Beginn an suchten die Studierenden Kontakt zu Angestellten, der Uniklinik erinnert sich der Kieler Student Christoph Nogacki: „Gemeinsam wollte man für den

Seit Jahrzehnten gab es keine so riesigen Proteste mehr in Schleswig-Holstein

Erhalt der Fakultät und der Uniklinik kämpfen. Das Bündnis 'Lübeck kämpft' hat klar gemacht, dass jeder mithelfen kann“.

Die Strategie ging auf: Am 16. Juni gelang es den Lübecker Studierenden, 14.000 Menschen zu einer Demonstration in Kiel zu mobilisieren. Es war der größte Protest, den Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten gesehen hat.

Der Ärger über die Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, gerade nachdem die

Landesregierung Milliarden für die Rettung der HSH Nordbank ausgegeben hat, trieb die Menschen auf die Straße.

Mit Erfolg: Am 8. Juli gab die Landesregierung bekannt, dass der Studiengang und damit die Universität durch eine finanzpolitische Änderung und Zuschüsse der Bundesregierung erhalten werden soll. Christoph ist überzeugt: „Die kontinuierlichen Proteste haben dabei sicher eine sehr große Rolle gespielt.“

Er warnt jedoch vor dem Glauben, die Regierung würde die Hochschulen nicht noch einmal angreifen.

Auch für den AStA-Referenten Matthias Salzenberger ist die Rettung des Studiengangs nur ein erster Erfolg: „Jetzt gilt es, die Privatisierung der Uniklinik zu verhindern. Allerdings ist es nun an den Gewerkschaften, die Speerspitze des Protests zu bilden. Wir werden unterstützend zur Seite stehen, wo es erwünscht und erforderlich ist.“ ★

Kommentar

Sparpakete zurückschicken

Florian Wilde meint, der Kampf um die Uni Lübeck zeigt, wie Kürzungen gestoppt werden können

Landauf, landab das gleiche Bild: Überall werden fleißig sogenannte Sparpakete geschmürt. Was als Sparpolitik getarnt wird, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Politik der gigantischen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Die Milliarden, die die Regierungen in der Krise den Banken hinterherwarfen, sollen durch Kürzungen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung wieder eingetrieben werden.

Dass das Sparpaket der Bundesregierung dabei den

Bildungsbereich ausnimmt, ist auch ein Erfolg der großen Bildungsstreiks der letzten Semester. Offensichtlich ist ihr

Auf Landesebene treffen die Sparpakete mit voller Wucht die Bildung

das Widerstandspotenzial von SchülerInnen und Studierenden noch in zu frischer Erinnerung. Denn die Bundesregierung versucht systematisch, in den Bereichen zu kürzen, die sich am wenigsten wehren können: bei Arbeitslosen und bei Kranken.

Anders das Bild auf Landesebene: Sparpakete wie in Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein treffen mit voller Wucht neben dem öffentlichen Dienst und dem gesamten Sozial- und Kulturbereich auch das Bildungswesen. 34 Millionen Euro sollen allein in Hessen an den Hochschulen gekürzt werden, in Schleswig-Holstein droht die Schließung ganzer Fakultäten.

Das Beispiel der Mediziner in Lübeck zeigt aber, dass erfolgreicher Widerstand gegen diese Kürzungen möglich ist, wenn mindestens zwei Bedingungen erfüllt sind:

eine erfolgreiche Mobilisierung der Studierenden selbst und ihr Zusammenkommen mit breiteren gesellschaftlichen Protesten gegen die Sparpolitik. Noch angereichert werden könnte diese Mischung künftig durch Elemente des sozialen Ungehorsams: Institutsbesetzungen, Straßenblockaden, Besetzungen von Parteibüros. In keinem Fall dürfen wir uns spalten lassen, sondern sollten uns gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen den Bildungs- und Sozialabbau

wehren.

Dazu bieten sich in den kommenden Monaten viele Möglichkeiten: in verschiedenen Städten sind am 13. November große Gewerkschaftsdemos geplant, am 26. November soll es in Berlin am Tag der Verabschiedung des Sparpaketes eine Bundestagsbelagerung geben und in vielen Orten wird es weitere Proteste gegen die Kürzungen auf Landesebene geben. ★

Florian Wilde ist Geschäftsführer des Studierendenverbandes Die Linke.SDS

Faktencheck

Die Kanzlerin der Reichen

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt, alle müssen ihren Beitrag leisten. In Wirklichkeit wird nur bei den Schwächsten gekürzt. Von **Hans Krause**

Die Verlierer

0,3

Prozentpunkte mehr kostet ab Januar der Beitrag zur Krankenversicherung. Außerdem werden noch mehr Kassen 8 Euro Zusatzbeitrag pro Monat verlangen. Den müssen auch Studierende bezahlen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung steigt ab Januar um 0,2 Prozentpunkte.

24

Euro Heizkostenzuschuss pro Monat für Empfänger von Wohngeld wird gestrichen.

300

Euro wird Eltern, die von Hartz IV leben müssen, weggenommen. Dadurch bekommen sie für ihr Kleinkind nur noch 215 Euro monatlich. Für Eltern, die Arbeit haben, wird das Elterngeld von 67 auf 65 Prozent des Nettoeinkommens gesenkt.

10.000

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst werden vernichtet. Beamten des Bundes wird das Gehalt um 2,5 Prozent gekürzt.

10-50

Euro teurer ist schon jetzt jedes Ticket, das man für einen Flug ab Januar bucht. Die Airlines geben die neue Flugsteuer vollständig an die Reisenden weiter.

Kommentar

Privilegien für die Privilegierten

Janis Ehling meint, auch von der Hochschulpolitik profitieren nur Reiche

Die neuen hochschulpolitischen Gesetze der Bundesregierung klingen gut, sind es aber nicht: Das BAföG wird durchschnittlich um zwei Prozent erhöht und ein „nationales Stipendienprogramm“ eingeführt. Von einer BAföG-Erhöpfung profitieren viele Studierende mit geringem Einkommen. Rechnet man aber die Inflationsrate aus der „Erhöhung“ heraus, ist sie nicht der Rede wert. Das nationale Stipendi-



enprogramm hingegen bietet Studierenden eine Förderung von 300 Euro monatlich. 0,5% Prozent

Besserverdienende bekommen noch 300 Euro mehr

der Studierenden sollen in den Genuss der Stipendien kommen. Ausgewählt wird streng nach Leistung. Das Prinzip ist von den derzeitigen Stipendienprogrammen der Stiftungen bekannt.

Die „leistungsstärksten“ Stipendiaten kommen, das haben viele Studien gezeigt, in der Mehrheit aus Gutverdienerhaushalten. Das Stipendienprogramm ist also ein Taschengeld für die, die es ohnehin schon haben. Die meisten Studierenden gehen hingegen leer aus. Die Bundesregierung zeigt damit erstmals ihr bildungspolitisches Profil. Ihre Prioritäten liegen bei Besserverdienenden. Besonders deutlich wurde das

im Gesetzgebungsprozess. Während lange um eine Einigung bei den BAföG-Sätzen zwischen Bund und Ländern verhandelt wurde, ging es beim Stipendienprogramm schnell: Die Regierung beschloss eine Übernahme aller Kosten. Auch im Bildungsbereich zeigt sich, dass die Regierung bei den Schwachen spart und die Reichen begünstigt. ★ *Janis Ehling ist aktiv in Die Linke.SDS in Marburg*

Die Gewinner

42

Prozent ist und bleibt der Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 4300 Euro pro Monat. Auch wesentlich Reichere zahlen diesen Steuersatz.

67 Mrd.

Euro zusätzliche Gewinne machen die Energiekonzerne durch die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Aber nur, wenn die Strompreise gleich bleiben. Sollten sie steigen wie bisher, erhöhen sich die Extraprofiten auf 127 Milliarden.

2 Mrd.

Euro sollen Banken und Versicherungen zum Sparpaket beitragen. Die Kosten für den Staat durch die Finanzkrise betragen mindestens 100 Milliarden Euro.

1 Mrd.

Euro pro Jahr sparen die Hotel-Ketten durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen. Sie wird nicht zurückgenommen, obwohl selbst FDP-Generalsekretär Christian Lindner zugegeben hat, dass diese Steuersenkung falsch war.

0

Euro Erbschaftssteuer müssen gezahlt werden, wenn ein Unternehmen vererbt wird. Vorausgesetzt der Erbe betreibt das Unternehmen mindestens sieben Jahre weiter.



Mediabook
Buch&DVD



Rebels with a Cause

Die Geschichte des amerikanischen SDS von Florian Butollo

Die *Students for a Democratic Society* (SDS) waren das US-amerikanische Gegenstück zum deutschen SDS. 1962 gegründet, engagierten sich die SDS in den ersten Jahren vor allem in der Bürgerrechtsbewegung der Südstaaten, bevor sich die Organisation im Protest gegen den Vietnamkrieg zunehmend radikalisierte und zur führenden Organisation der Neuen Linken in den USA wurde.

Mediabook, 120 Seiten,
DVD mit Film
„Rebels with a Cause“
USA 2000,
circa 109 Minuten, OmU
Regie: Helen Garvy

Preis: 19,90 Euro
ISBN: 978-3-942281-74-4

Im Laika-Verlag erscheinen die 100 wichtigsten Filme aus der weltweiten Protest- und Widerstandsbewegung seit 1967.

Bisher erschienen:

- Band 1 Der 2. Juni 1967
- Band 2 Angela Davis
- Band 3 Schrei im Dezember
- Band 4 Krawall
- Band 5 Rebels with a Cause
- Band 6 The Weather Underground
- Band 7 Die Schlacht um Chile 1973-1978
- Band 8 Dass Du zwei Tage schweigst unter der Folter!
- Band 9 Panteón Militar - Kreuzzug gegen die Subversion

Demnächst erscheint:

- Band 10 Gipfelstürmer und Straßenkämpfer
- Band 11 Rue Santa Fe
- Band 12 Aufrecht gehen, Rudi Dutschke - Spuren

BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDS

WWW.LAIKA-VERLAG.DE



„Die Laufzeit von Schwarz-Gelb verkürzen“

Die Anti-AKW-Bewegung hatte in Deutschland die Wende in der Atompolitik durchgesetzt. Jetzt könnte sie die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke aufhalten. Von **Jonas Rest**

Wenn ab dem 6. November der Castor-Transport in das Wendland kommt, werden Tausende den Schotter unter den Gleisen wegschaufeln, über die der Atommüll-Zug rollen soll. Andere werden auf den Straßen vor dem Atommüll-Lager in Gorleben sitzen, auf denen die Castor-Behälter die letzten Meter per Lastwagen transportiert werden. Den letzten Castor-Transport vor zwei Jahren haben 18.000 Aktivisten 48 Stunden lang aufgehalten. Diesmal werden es mehr sein, deutlich mehr; vielleicht so viele, dass sie im Kanzleramt merken, dass sie ein ernsthaftes Problem haben.

Davon ist Luise Neumann-Cosel überzeugt, seit sie am 18. September auf der Bühne am Berliner Hauptbahnhof stand. Die 24-jährige Studentin und Organisatorin von Castor-Sitzblockaden redete bei der Abschlusskundgebung der Demonstration „Atomkraft: Schluss jetzt!“. Als sie von der Bühne zum Kanzleramt blickte, sah sie überall Demonstranten. Hunderttausend Menschen fluteten das Regierungsviertel: die Reaktion auf die Ankündigung der Kanzlerin, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Demnach soll das letzte deutsche AKW frühestens 2040 vom Netz gehen.

Wenn es so kommt, werden die deutschen AKWs zusätzlich bis zu 4800 Tonnen hochradioaktiven Atommüll produzieren. Dafür gibt es bislang kein sicheres Endlager, weder in Gorleben noch irgendwo anders auf der Welt.

Ob die Regierung mit ihren Atom-Plänen durchkommt, meint Luise, ist nicht sicher. „Der Konflikt um die Atomkraft wird auf der Straße ausgetragen“, rief die Studentin bei der Abschlusskundgebung. Sie könnte Recht behalten.

Was mit 27 Bürgern in Wyhl bei Freiburg 1973 begann, entwickelte sich zu einer der stärksten sozialen Bewegungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. 1975 besetzen in Wyhl 30.000 Menschen den AKW-Bauplatz, die Blockade dauert acht Monate.

Der Atommeiler wurde nie gebaut. Nicht nur dort: Knapp ein Dutzend Bauprojekte der Atomindustrie konnten nie durchgesetzt werden.

Mehr noch, sagt Dieter Rucht, einer der bekanntesten Protestforscher in Deutschland: „Die Anti-AKW-Bewegung sorgte dafür, dass nicht nur einzelne Atomkraftwerke verhindert wurden, sondern das Atompro-

Die Bewegung stoppte nicht nur einzelne AKWs, sondern das gesamte Atomprogramm

gramm insgesamt zu einem Auslaufmodell erklärt wurde.“ Die Bewegung politisierte Hunderttausende, so Rucht, veränderte die gesellschaftliche Meinung zur Atomkraft und setzte letztlich eine Wende in der Atompolitik durch.

Seit 1989 ist in Deutschland kein Atomkraftwerk mehr ans Stromnetz gegangen. Die Anti-Atom-Proteste haben dazu beigetragen, meint der Protestforscher, dass der Ausbau

der Atomkraft „faktisch schon gestoppt“ war, als die rot-grüne Regierung 2000 ihren „Atomausstieg“ verkündete.

Die Atomindustrie bezeichnete diesen „Ausstieg“ als „Vereinbarung über den langfristigen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke“. Eine Formulierung die näher an der Wahrheit lag: Der rot-grüne Atomdeal sicherte den Stromkonzernen den AKW-Betrieb bis über 2020 hinaus. Mit ihm garantierte ihnen die SPD-Grüne-Regierung Milliardenprofite aus den bereits abgeschriebenen Anlagen, um die Konkurrenzfähigkeit der Konzerne im internationalen Standortwettbewerb nicht zu gefährden.

Solche wirtschaftlichen Überlegungen gaben auch den Ausschlag dafür, dass Rot-Grün dem Druck der Stromkonzerne nachgab, ihnen die CO₂-Zertifikate für den Emissionshandel gratis zu überlassen. Für RWE & Co bedeutete das rot-grüne Zertifikatgeschenk eine Milliarden-Förderung für ihre Kohlekraftwerke.

Mit den zusätzlichen Mitteln finanzierten die Konzerne ab 2005 eine neue Generation von

Kohlekraftwerken. Heute befinden sich zehn Kohlekraftwerke im Bau, zwölf weitere sind geplant. Wenn sie ans Netz gehen, davon ist man im Umweltbundesamt überzeugt, sind die Klimaziele der Bundesregierung unerreichbar.

Doch es ist keineswegs sicher, dass die Energieunternehmen ihre Kohle-Pläne durchsetzen können. Denn der Neubau der

Vierzehn Kohlekraftwerke wurden seit 2007 wieder aufgegeben

Kohlekraftwerke wird immer wieder von den Menschen vor Ort verhindert. Vierzehn Kohlekraftwerke wurden seit 2007 wieder aufgegeben. Dadurch werden jährlich 74,4 Millionen Tonnen CO₂ nicht in die Luft geblasen. Das ist eine höhere Senkung von Emissionen als es durch alle Maßnahmen der Regierung zum Klimaschutz bewirkt wurde.

Nicht nur die Energie, auch die Klimapolitik wird daher längst auf der Straße entschieden, meint Tazio Müller, der letztes Jahr den

Auch bei den Castor-Protesten: Die Urgroßmutter der Anti-AKW-Bewegung



Marianne Fritzens erste Blockade. Das Foto machte sie später zur Ikone der Anti-AKW-Bewegung.

Sie ist 86 und wird wieder protestieren, wenn der Castor rollt. Marianne Fritzen ist die Urgroßmutter der Anti-AKW-Bewegung. Das Bild zeigt sie auf ihrer ersten Blockade im März 1979. Damals blockierte sie Bohrfahrzeuge, die den Boden für das Atommülllager erkunden sollten. Das Foto machte sie bekannt, als die Grünen es im Wahlkampf plakatierten. Sie selbst trat 2000 aus, verärgert über den rot-grünen Atomdeal. Im November wird sie sich allerdings nicht mehr wegtragen lassen: „Damit ich nicht im Straßengraben lande.“



Sitzblockade beim letzten Castor-Transport. Zweitausend blockierten den Atommüll-Transport zwei Tage lang.

Andreas Beck

Protest beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen mit organisierte. Jetzt ist der Klimaaktivist einer der Sprecher der Kampagne „Castor Schottern“.

Bei dieser Kampagne soll mit Tausenden das gemacht werden, was früher nur kleine Gruppen wagten: Den Schotter unter den Gleisen der Züge entfernen, damit der Castor nicht durchkommt.

Wie Luise geht es Tazio vor allem darum, dass die Regierung nach der Atom-Entscheidung nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Protestforscher Rucht meint, dass die Castor-Proteste „den Finger in die Wunde legen, weil sie auf die ungelöste Frage der Atommüllentsorgung zeigen“. Der Wissenschaftler ist überzeugt: „Wenn es der Anti-AKW-Bewegung gelingt, das Thema in den Medien zu halten, könnte es sehr schwierig für die Regierung werden.“

Denn anders als in den 70er Jahren ist heute eine große Mehrheit gegen Atomkraft. Und die Regierung hat das Problem, dass die Gutachten gegen sie sprechen. Der Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft, der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien wäre nicht nur machbar, hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen, ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung, herausgestellt. Es wäre auch der nachhaltigste und sicherste Weg, der beste für das Klima.

Doch die Bundeskanzlerin hat sich für das Gegenteil entschieden: Förderung der Kohlekraft, Verlängerung der AKW-Laufzeiten, das Sichern der Profite für die Stromkonzerne.

Damit Schwarz-Gelb über diese Entscheidung stolpert, wird im Wendland versucht, den Castor-Transport aufzuhalten, so lange wie möglich. Je mehr sich dem Castor entgegenstellen, meint Luise, desto wahrscheinlicher, dass sie im Kanzleramt eines Tages feststellen müssen, dass die Verlängerung der AKW-Laufzeiten gleichzeitig die Laufzeit von Schwarz-Gelb verkürzt. Für eine neue Regierung wäre es dann umso schwieriger, die AKWs am Laufen zu halten. ★

Protest

Das passiert im Wendland

Die Sitzblockierer



Luise Neumann-Cosel
X-Tausendmal quer

Luise, wie wollt ihr den Castor aufhalten?

Mit riesigen Sitzblockaden. Schon das letzte Mal beteiligten sich zweitausend Menschen. Wir blockierten die Strecke zwei Tage lang.

Könnte die Polizei nicht hart durchgreifen?

Gorleben ist nicht Stuttgart. Bei unseren letzten Blockadeaktionen im Wendland herrschte eine gelassene und besonnene Stimmung, in der selbst ältere Menschen gut aufgehoben waren. Mit Aktions-trainings bereiten wir uns vor.

Und wenn man trotzdem Angst bekommt?

Es gibt natürlich immer zu fast jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, sich zum Gehen zu entscheiden.

Castor-Info

Der Atommüll-Transport startet vermutlich am 5.11. von La Hague aus ins Wendland. Am Samstag, 6.11. wird eine bundesweite Großdemo in Dannenberg im Wendland stattfinden. In der Nähe gibt es

mehrere Protestcamps. Von dort aus werden ab Samstag mehrere Tage lang unterschiedliche Protestaktionen stattfinden. Die größten Kampagnen sind „X-Tausendmal quer“ und „Castor

Die Castor-Schotterer



Mischa Aschmoneit
Castor Schottern

Mischa, was ist die Kampagne „Castor schottern“?

Wir werden mit tausenden Menschen zu den Gleisen gehen, auf denen der Atommüll-Transport zum Endlager Gorleben rollt. Dann tragen wir den Schotter weg, so dass die Schienen für den Castor-Zug unbefahrbar werden.

Wird die Polizei das zulassen?

Wir teilen uns in dutzende Gruppen auf. Die Polizei kann niemals alle aufhalten.

Das klingt, als sei die Kampagne für Experten.

Nein, jeder kann mitmachen. Wir erklären den Leuten vor Ort, wie es funktioniert. Es gibt auch jetzt schon in vielen Städten Aktions-trainings für jeden. Und die wird es auch in den Camps geben.

Schottern“. Mehr Info auf: www.x-tausendmalquer.de und www.castor-schottern.org. Aus vielen Städten fahren Busse oder Sonderzüge. Info zu Fahrtmöglichkeiten: www.ausgestrahlt.de

Muslima in Sarrazinland

Blätter für deutsche und internationale Politik 10'10

Zwei Monate probelesen
Das Probeabo für 10 Euro – endet automatisch!

Einemander als Ware
Oliver Schmitt
«Es wird sich alles gelähmten»
Barbel Bohley
Der Anschlag der Erika Steinbach
Otto Köhler
Expertschlager Hangekriege
Jan van Aken
Die USA vor dem Backlash
Thomas Grottel
100 Jahre Kibbutzbewegung:
Eine gescheiterte Utopie?
Matthias Lindemann

Die Blätter im Oktober mit Beiträgen von:

- Lamya Kaddor
- John J. Mearsheimer
- Barbel Bohley
- Jan van Aken
- Wolf-Dieter Narr
- Frithjof Schmidt
- Otto Köhler u.v.a.

Mehr auf www.blaetter.de

Wir fördern.

Der Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulpolitik e.V. fördert linke studentische Projekte. Dabei kooperiert er mit dem Studierendenverband die linke.sds. Durch Mitgliedsbeiträge und Spenden können Seminare, Veranstaltungen und Publikationen unterstützt werden.

Werde jetzt Mitglied!

Unsere nächsten Seminare:

Kinder, Küche, Kirche und die Politik der schwarz-gelben Regierung
26. bis 28.11.2010 in Münster

Revolutionäre Realpolitik - Organisationsfrage und Strategien sozialistischer Transformation
10. bis 12.12.2010 in Berlin

Seminarinfos, Mitglied werden, Geld spenden:
www.foerdererkreis.de

Fakten-Check

Die Atom-Lügen

Stromkonzerne behaupten, Atomkraft sei sicher, klimafreundlich und ohne Alternativen. Das Gegenteil ist richtig.

Deutsche Atomkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt.

Die deutschen AKWs sind Spitze, aber anders als behauptet. Deutschland ist seit mehreren Jahren in den Top 3 der Länder mit den meisten ungeplanten Abschaltungen von Reaktoren. Die Störfälle häufen sich. Das liegt vor allem am Alter der Kernkraftwerke. Nur in den USA und Großbritannien laufen

AKWs noch länger. Das älteste AKW in Deutschland ist Biblis A. Es ist vor 36 Jahren in Betrieb gegangen. Das jüngste, Neckarwestheim 2, ist 21 Jahre alt. Umweltminister Röttgen sagt, dass AKWs nicht länger als 40 Jahre laufen sollen. Dennoch will die Bundesregierung sie nun über 50 Jahre am

Netz lassen. Dabei ist die Sicherheitstechnik nicht auf dem neuesten Stand, da der rot-grüne Atomkompromiss von 2000 den AKW-Betreibern Sicherheitsnachrüstungen erlassen hatte. Heute dürften solche Atomkraftwerke gar nicht mehr gebaut werden.

Atomkraftwerke verursachen keinen CO2-Ausstoß. Sie helfen, den Klimawandel zu bekämpfen.

Die Atomkraft verursacht einen höheren CO2-Ausstoß als manche Gaskraftwerke. Denn die Gewinnung von Uran ist sehr aufwendig und verursacht einen hohen CO2-Ausstoß. Für den Klimaschutz müsste die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umgestellt

werden. Doch die Laufzeitverlängerung für die AKWs behindert ihren Ausbau. Denn bei der Erzeugung von Wind- und Solarenergie treten Schwankungen auf, denn nicht immer weht der Wind oder scheint die Sonne. AKWs können diesen Schwankungen nicht angepasst werden. Das

Hoch- und Runterfahren eines AKWs dauert über einen Tag. Die Stromkonzerne schalten daher eher Windkraft- räder ab. Der Strom der AKWs verzögert daher die Umstellung auf eine dezentralisierte Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien.

Atomkraftwerke sind für die Stromversorgung notwendig. Erneuerbare Energien reichen nicht aus.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, hat ebenso wie andere Gutachten gezeigt, dass ein Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien technisch heute ohne Probleme machbar wäre. Moderne Stromnetze würden dafür sorgen,

dass das Licht auch anbleibt, wenn gerade nicht ausreichend Wind in Deutschland weht, weil Energie gespeichert wird oder aus anderen Regionen ins Netz fließt. Eine solche Umstellung würde die Gesellschaft auch keineswegs mehr kosten als Atom- und Kohlekraft bereits gekostet haben. Die

staatlichen Förderungen für Kohlekraft belaufen sich seit 1950 auf 432 Milliarden Euro. In Atomkraft hat der Staat bereits 165 Milliarden Euro an Fördergeldern gepumpt. Nur mit einem Bruchteil davon wurde bisher der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert.

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Luciano Canfora:
August 1914 – Oder: Macht man Krieg wegen eines Attentats?
Broschur | 118 Seiten | 9,90 Euro

Wie kam es im Sommer 1914 zum Ersten Weltkrieg? An diesem Beispiel legt Luciano Canfora dar, dass selbst ein so spektakuläres Attentat wie das von Sarajewo zur Erklärung nicht ausreicht. Was waren die tatsächlichen Ursachen? Ohne Zweifel: Das Deutsche Reich wollte diesen Krieg. Aber sind seine Rivalen deshalb freizusprechen? Worum ging es in diesem Krieg und warum wurde er nicht verhindert? Wie ging es nach ihm weiter und was er mit dem Faschismus zu tun?



Jonas Gabler:
Die ULTRAS – Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland
Broschur | 222 Seiten | 14,90 Euro

Mit den Ultras hat sich im Fußball eine neue Fankultur etabliert. Jonas Gabler stellt deren Ursprünge und Ausdrucksformen dar. Er zeichnet ihr Verhältnis zu Vereinen und Kommerzialisierung, zu Rassismus und Politik nach, greift die Reizthemen Gewalt und staatliche Repression auf und diskutiert, wie diese (Jugend-)Bewegung einzuordnen ist.



Lucas Zeise:
GELD – Der vertrackte Kern des Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Finanzsektors
Broschur | 192 S. | 12,90 Euro

Lucas Zeise versucht sich an einer politischen Ökonomie des Finanzsektors und entschlüsselt das Geheimnis des Geldes als zentraler Institution und Kategorie des Kapitalismus. Sorgfältig handelt er dessen große und kleine Krisen ab und diskutiert, welche politischen Schritte notwendig wären, um das Monster namens Finanzsektor zu bändigen.

Tel. 02 21 / 44 85 45 | Fax 02 21 / 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de



Bildung in der Krise?! Studierendenkonferenz der Linksfraktion

Freitag, 3. Dezember 2010, 12–18 Uhr, Berlin, Bundestag
Konferenz mit Workshops, Diskussionen, Gesprächen und Ideen:
– »Unternehmerische Hochschule« vs. »Demokratische Hochschule«
– Prekäre Forschung, vernachlässigte Lehre
– Castor, S21, Dresden 2011: Renaissance zivilen Ungehorsams?
– Rüstungsforschung – Hochschulen und Krieg
u. a. mit: **Torsten Bultmann, Klaus Ernst** (MdB),
Thomas Sablowski, Sahra Wagenknecht (MdB) u. v. a.

Fahrtkosten können bei Bedarf übernommen werden.
Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de
Kontakt: nicole.gohlke@bundestag.de



Auf Öko-Strom umsteigen, um das Klima zu retten?

Öko-Strom-Anbieter Greenpeace Energy wirbt: „Woanders ist der Kunde nur König. Bei uns ist er Kämpfer.“ Aber stimmt das?



Öko-Strom-Kämpferin Natalie auf dem Oldenburger Bio-Wochenmarkt

May Naomi Blank

Pro

Der Wechsel zu einem der unabhängigen Ökostromanbieter erwischt die Atomkonzerne dort, wo sie am empfindlichsten sind: am Geldbeutel.



Martin Schaefer

Pressesprecher bei dem Ökostrom-Anbieter Greenpeace Energy

Die Antwort ist ein deutliches „Ja“ – zumindest, wenn der gewählte Anbieter in den Ausbau der Erneuerbaren investiert. Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen setzt den Klimakiller Kohlendioxid frei und ist mitursächlich für die Erderwärmung – das bestreitet kaum einer mehr. Atomenergie wiederum birgt erhebliche Sicherheitsrisiken und bürdet den zukünftigen Generationen eine große Hypothek auf. Tragfähige Entscheidungs-

konzepte für radioaktive Abfälle stehen bislang aus. Diese Tatsachen sind bekannt. Der Anbieterwechsel beschleunigt nun die Energiewende und leistet so einen Beitrag zur Klimarettung.

Umso mehr verwundert es, dass die Anzahl der Ökostrom-Kunden weit hinter der Zahl derjenigen Bürger zurückbleibt, die sich für eine nachhaltige Energieversorgung aussprechen – zumal die politischen Entwicklungen genug Wechselmotivation

bieten: Die Laufzeitverlängerung ist demokratisch fragwürdig zustande gekommen. Sie nützt allein dem Profit der vier großen Atomkonzerne. Sie stärkt das Oligopol und verhindert

Wer auf Öko-Strom umsteigt, macht klar, was er von der Energiepolitik der Regierung hält

damit einen echten Wettbewerb auf dem Strommarkt. Und: Das Energiekonzept der Bundesregierung ist ein herber Rückschlag für den Ausbau erneuerbarer Energien. Es muss also darum gehen, den Glauben an die Konsumentenmacht im

Strombereich zu stärken. Jeder verbraucht Strom, also kann jeder etwas bewirken. Der Wechsel zu einem der unabhängigen Ökostromanbieter wie Greenpeace Energy erwischt die Atomkonzerne dort, wo sie am empfindlichsten sind: am Geldbeutel. Und er ist eine demokratische Willensbekundung in Richtung Regierung, die über das Kreuz auf dem Wahlzettel hinausgeht. Wer also heute auf Ökostrom umsteigt, tut weit mehr, als seinen Teil zur Klimarettung beizutragen. Er hilft beim überfälligen Umbau des Strommarktes und macht gleichzeitig klar, was er von der Energiepolitik der Bundesregierung hält: nämlich nichts. ★

Contra

Beim Öko-Stromanbieter-Wechsel mutiert der Kunde nicht zum Kämpfer. Das ist eine Illusion, und zwar eine gefährliche.



Franziska Lindner

Mitglied im Bundesvorstand des Studierendenverbandes Die Linke.SDS

Nichts spricht dagegen auf Öko-Strom umzusteigen und den Atomstromkonzernen nicht noch Kohle hinterherzuwerfen. Problematisch wird es, wenn man glaubt, dadurch vom Kunden zum Kämpfer zu mutieren, wie das Marketing der Öko-Strom-Anbieter suggeriert. Das ist eine Illusion, und zwar eine gefährliche. Sie kann dazu führen, dass sich Menschen zurücklehnen, weil sie ein Online-Formular

ausgefüllt haben, das sie glauben lässt, damit ihren Teil zur Energiewende beigetragen zu haben – obwohl sie in Wirklichkeit nur ihr Gewissen beruhigt haben. Denn für die Energiewende wird mehr notwendig sein als ein Wechsel des Stromanbieters. Selbst wenn alle Bürger zu Öko-Stromanbietern wechseln würden, käme der Hauptteil der Elektrizität noch aus Kohle- und Atomkraftwerken: Mehr als 70 Prozent des Stroms in

Deutschland verbrauchen Industrie und Unternehmen. Ihnen geht es, wie den Stromkonzernen, um kurzfristigen Profit. Dafür soll Energie vor allem eins sein: billig. Deshalb unterstützen Industrieverbände die AKW-Laufzeitverlängerung und Kohlekraft.

Über den Atomausstieg kann eben nicht jeder für sich selbst entscheiden

Das heißt nicht, dass die Menschen ohnmächtig sind. Im Gegenteil: Energiepolitik wird längst auf der Straße entschieden. Das zeigt nicht nur die Anti-AKW-

Bewegung. Auch neue Kohlekraftwerke wurden immer wieder durch Proteste verhindert. Um gegen Konzerninteressen das Ende der Kohle- und Atomkraft durchzusetzen, ist noch wesentlich mehr Druck notwendig. Eine solche gesellschaftliche Bewegung erfordert die Politisierung von Hunderttausenden. Über den Ausstieg aus der Kohle- oder Atomkraft kann eben nicht jeder für sich entscheiden: Es müssen gesellschaftliche Mehrheiten dafür gewonnen werden. Auch dafür, dass die Stromkonzerne notfalls enteignet werden. Kurz: Ja zu Öko-Strom. Aber für die Klima-Rettung gibt es keine Abkürzung durch eine Kauf-Entscheidung. ★



Kritik zu kaufen

Banksys Film-Debüt zeigt die Absurdität des Kunstmarktes. Ob kritisch oder nicht: Ein Preisschild bekommt Kunst immer.

Von **May Naomi Blank**

Der Meister der Kunst-Guerilla heißt Banksy. Niemand kennt ihn, aber alle kennen seine Graffiti: Die Pulp-Fiction-Killer mit Bananen statt Pistolen in der Hand, Demonstranten, die mit Blumensträußen werfen und Risse in der Mauer zwischen Israel und Palästina.

Da wird selbst Brad Pitt warm ums Herz und er zahlt umgerechnet 1,4 Millionen Euro für „einen echten Banksy“. Kein Wunder, dass die Straßenkunst des sprayenden Briten so begehrt ist: Seine Motive sind witzig und sehen cool aus.

Dass die Kunstform illegal ist und Banksy sich sorgsam im Verborgenen hält, macht das Ganze noch interessanter. Doch bei dem Kult um seine Bilder wird Eines wenig beachtet: Banksy hat eine politische Aussage. Sein neuestes Werk, der Film „Exit through the gift shop“ bringt genau dieses Problem auf den Punkt: Kritische Kunst wird reduziert auf bloße Unterhaltung. Wer sehen will, wie das im Banksy-Universum funktioniert, darf diesen Film nicht verpassen. „Exit through the gift shop“ beginnt als

temporeiche Hommage an die Welt der Sprühdosen. Man sieht verwackelte Handkamera-Aufnahmen von waghalsigen Spray-Aktionen, dazu dudelt seichter Pop. Junge Männer krabbeln auf hohen Dächern umher, fliehen vor der Polizei und bemalen alles, was sich nicht bewegt. Mitten in dieser Welt bewegt sich der Hauptdarsteller des Banksy-Films, der Franzose Thierry Guetta. Jahrelang begleitet er Straßenkunst-Koryphä-

Er klaut Ideen von allen Sprayern, die er getroffen hat und hat umwerfenden Erfolg

en wie Space Invader, Shepard Fairey und Banksy bei ihrer nächtlichen Arbeit, um eine Dokumentation über die Streetart-Szene zu drehen. Der einzige Haken: Thierry ist kein besonders guter Kameramann und ein mieser Regisseur. Als er Banksy seinen fertigen Film zeigt, ist der entsetzt und schlägt Thierry vor, sich ein anderes Hobby zuzulegen. Ein schwerer Fehler, wie sich herausstellt. Denn Thierry fängt an, sich selbst als Stra-

ßenkünstler zu betätigen. Unter dem Pseudonym „Mr. Brainwash“ produziert er nichtssagende Werke wie am Fließband und verscherbelt sie, gestützt durch eine gigantische Marketing-Kampagne. Er klaut Ideen von allen Sprayern, die er getroffen hat, stellt andere Künstler ein, die für ihn kreativ sind und hat damit einen umwerfenden Erfolg.

„Moderne Kunst ist ein Skandal“, kommentiert Banksy. „Niemand wurde so viel Ausrüstung und Zeit verwendet, um so wenig zu sagen. Das Gute daran: Kunst zu machen ist wahrscheinlich das einfachste Geschäft der Welt, wenn du kein Talent hast und ein bisschen Geld verdienen willst.“

Und genau davon profitiert Thierry Guetta. Er ist ein Typ, der eigentlich nichts richtig konnte, außer einen Hype zu erzeugen. Anhand dieser Figur zeigt Banksy, was mit Kunst passiert, wenn sie zur Ware wird: Gekauft wird, was angesagt ist. Kaufen kann, wer Geld hat. Ob die Kunst eine politische Aussage hat, ist Nebensache. Ein Preisschild bekommt sie immer.

£10,000

In „Exit through the gift shop“ verarbeitet Banksy diese Erfahrung. Denn wenn er eine als Guantánamo-Häftling verkleidete Puppe im Disneyland in Kalifornien platziert, oder Risse in die Mauer im Westjordanland malt und

dahinter den Strand zeigt, dann will Banksy damit nicht die Umgebung verschönern. „Die Trennmauer ist eine Schande“, sagte er nach der Spray-Aktion in Palästina. „Es hat mich gereizt, dieses extrem erniedrigende Bauwerk, das wie kein anderes auf der Welt in das Leben von Menschen eingreift, in die weltweit längste Galerie für freie Meinung und schlechte Kunst zu verwandeln.“

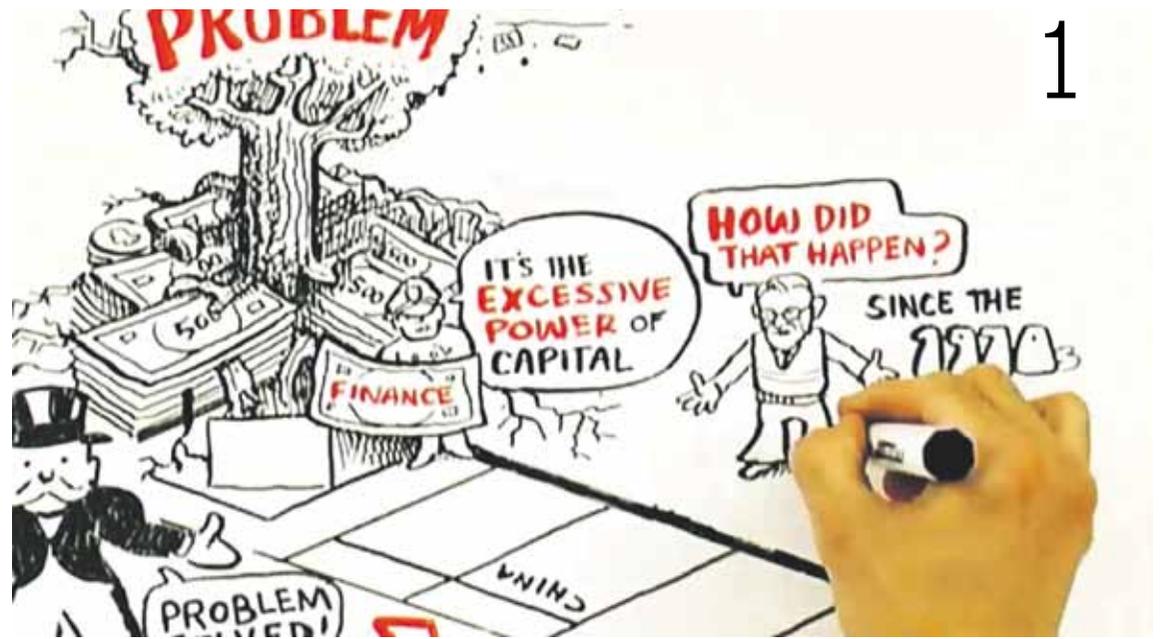
Seine Motive richten sich gegen Krieg, gegen das Establishment und gegen den Kapitalismus. Der Großteil der Medien geht über diese Kritik hinweg. Die Folge: Mittlerweile kann sich jeder das Palestine-Girl von Banksy für 20 Euro als Fan-Shirt im Internet bestellen. Die Mauer steht nach wie vor. ★

„Exit through the gift shop“ kommt am 23. Oktober ins Kino.

Internet

Hyperlinks

1



Vier Clips aus dem Netz, ausgewählt von der critica-Redaktion

2



3



4



[1] Krisen-Comic

Wie es zur derzeitigen Wirtschaftskrise kommen konnte, erklärt Marx-Experte David Harvey online in seinem ersten Animationsfilm. Ist die Gier der Spekulanten Schuld? Haben Ökonomen nur mit falschen Theorien gerechnet? Können wir Krisen durch Finanzmarktregulierungen vermeiden? Alles Quatsch, meint Harvey: Krisen gehören zum Kapitalismus, wie das X zum Y. Der bekannteste marxistische Geograph schafft es, die Rolle von Krisen im Kapitalismus in nur 11 Minuten auf den Punkt zu bringen. Der Clip ist hervorragend gezeichnet und die Krise verständlich und kompakt erklärt - das ist besser als

jeder Uni-Vortrag. Wer noch tiefer ins Thema einsteigen möchte, kann sich zusammen mit Harvey in dreizehn Online-Videos kapitelweise durch „Das Kapital“ von Karl Marx arbeiten.

- » <http://tinyurl.com/28xl28x>
- » <http://tinyurl.com/ckmwxb>

[2] Lady Gewerkschaft

Die Gewerkschaft streikt, das klingt nach Trillerpfeifen, Streikposten und Demonstrationen. Die US-amerikanische Gewerkschaft „Unite here“ hat gezeigt, dass es auch anders geht. Die queere Organisation „San Francisco Pride at Work“ unterstützte die streikenden

Hotelangestellten mit einem Flashmob, indem sie zusammen mit den Beschäftigten den Lady Gaga-Song „Bad Romance“ umdichteten. Begleitet von einer Blaskapelle und mit einstudierter Choreografie sangen die Angestellten „Don't Get Caught in a Bad Hotel“ und riefen zum Boykott ihres Betriebes auf. Die Hotelmitarbeiterinnen tanzten für bessere Arbeitsbedingungen und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung.

- » <http://tinyurl.com/23dkcvv>

[3] Mafia-Marx

„Ein Gespenst geht um in Europa.“ Robert De Niros

Synchronsprecher Christian Brückner liest das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Bei der rauchigen Stimme Brückners denkt man sofort an mafiöse Geschäfte und nächtliche Schießereien. Eigentlich geht es im Hörbuch aber um die Entstehung von Klassengesellschaften, Ausbeutung und die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Unterhaltung plus Theorie, das ist genau das Richtige beim Joggen oder für langweilige Bahnfahrten. Visuell geben die Videos nicht so viel her, es sei denn, man guckt sich gerne eine Stunde lang das Portrait von Marx und Engels an. Ob das Manifest irgendwann auch als Blockbuster in die Kinos kommt, bleibt offen.

- » <http://tinyurl.com/2erys4t>

[4] Thilos Koran

„Wieso steht eigentlich auf Ihrem Button ‚Danke Thilo‘? Schreiben Sie doch gleich Ausländer raus.“ In der Münchner Fußgängerzone versucht ein Sarrazin-Anhänger in einem Interview mit zwei jungen Muslima den Islam als Bedrohung darzustellen. Und entlarvt sich dabei selbst als Rassist. Die zwei Teenager lassen sich nicht unterbuttern und gehen in die Offensive über: nicht unbedingt mit den allerbesten Argumenten, aber mit einem klaren Bewusstsein für antimuslimischen Rassismus und Sexismus.

- » <http://tinyurl.com/36666f4>

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

ELMAR ALTIVATER

2010 - 263 S. - € 19,90

Martin Krapp

2010 - 169 S. - € 14,90

JOHN HOLLERAY

4. Aufl. 2010 - 255 Seiten - ca. € 24,90

JOHN HOLLERAY

2010 - 275 S. - € 24,90

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Flower Power: Ein Demonstrant steckt 1967 bei einem Anti-Kriegs-Marsch auf das Pentagon Blumen in den Gewehrlauf eines Soldaten.

Bernie Boston

„Über eine Million Revolutionäre“

Sie waren die größte Studierendenbewegung der Welt und wollten diese radikal verändern. **Florian Butollo** erklärt im Interview, was heutige Bewegungen von den Students for a Democratic Society (SDS) lernen können

Interview



Florian Butollo ist Autor von „Rebels with a Cause“, einem neuen Buch über die amerikanischen SDS (Laika-Verlag, 2010, 19,90 Euro)

1970 waren an den US-amerikanischen Universitäten 4,5 Millionen Studierende im Streik. Was war passiert?

Mit der Eskalation des Krieges in Vietnam radikalisierten sich die Anti-Kriegsproteste in den USA. Zehntausenden wurde plötzlich klar, dass sie nicht nur eine andere Regierung, sondern eine ganz andere, demokratischere Gesellschaft wollten. Über eine Million Jugendliche verstanden sich Umfragen zufolge plötzlich als Revolutionäre.

Eine spontane Revolte der Studierenden war es trotzdem nicht.

Nein, sie begann schon Mitte der 60er Jahre. Der Motor der Bewegung waren die SDS, eine US-weite Studierendenorganisation. Sie organisierten Aktionen gegen die Rekrutierung der Armee an den Universitäten oder gegen staatlichen Rassismus und sagten dabei immer: „Das Thema ist nicht das Thema.“

Was war damit gemeint?

Sie wollten klar machen, dass der Protest immer um mehr als nur den konkreten Anlass geht. Es waren die SDS, die den US-Krieg in Vietnam mit Kapitalismus und Demokratie in Verbindung brachten. Das zog viele an. In nur neun Jahren ist die Zahl der SDS von 250 auf 100.000 Aktive gewachsen.

Doch irgendwann zerbrach die Organisation. Haben die SDS überhaupt etwas erreicht?

Es stimmt, dass die Proteste gegen den Krieg nicht zum sofortigen Abzug der US-amerikanischen Truppen geführt haben. Doch wegen ihnen konnte die Regierung den Krieg nicht weiter eskalieren, ohne die Rebellion im eigenen Land auf die Spitze zu treiben. Die außerparlamentarische Opposition

Der Widerstand in den USA war der Grund für den Rückzug aus Vietnam

sition in den USA war der Grund für den schleichenden Rückzug. Aber auch durch den kulturellen Bruch, den sie hervorriefen, die Schwarzen-Bewegung und die Proteste für Frauen- und Homosexuellenrechte hatten die SDS eine enorme Wirkung. Am Ende wurden sie aber von der rasanten Dynamik der Bewegung überrannt und gerieten in eine Krise.

Wieso?

Als 1968 weltweit und in den USA Millionen von Menschen rebellierten, schien die Revolution kurz vor der Tür zu stehen. Die SDS fühlten sich als radikale Speerspitze dieses Prozesses, hatten aber keine klare

Vorstellung dessen, wie der Kapitalismus tatsächlich überwunden werden könne. Sie hatten keine Idee, wie sie mit dem Problem umgehen sollten, dass die Mehrheit der weißen US-Amerikaner zwar irgendwann den Krieg nicht mehr wollte, aber sonst von den radikalen Ideen der Studierenden

Die Bewegung war zwar riesig, aber zu klein für die Revolution

wenig hielt. Hierfür hätte es eine mittelfristige Strategie gebraucht. Die SDS führten stattdessen als Minderheit einen offensiven Kampf gegen das System, isolierten sich immer mehr und zerbrachen schließlich.

Dabei vertrauten die SDS immer auf die Kraft der Aktion. Ein Fehler?

Nein, aber nicht ausreichend. Ziviler Ungehorsam spielte zwar eine wichtige Rolle dabei, die Bewegung ins Rollen zu bringen, aber er ersetzt eben keine Strategie.

In Deutschland erleben Aktionen zivilen Ungehorsams seit den Blockaden beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und den Blockaden der Nazi-Aufmärsche ein Comeback. Siehst du da Parallelen?

Das ist schwer zu vergleichen. Zwar gibt es heute wie in den 60er Jahren massive Zweifel am kapitalistischen System. Aber aufgrund der Krise beschränkt sich dieses Gefühl nicht nur auf die Hochschulen. Im Gegensatz zu damals ist an der sozialen Front nämlich nicht Friede-Freude-Eierkuchen angesagt. Die sozialen Angriffe gehen an

Eingemachte: Kürzungen auf Bundes- und Landesebene noch und nöcher. Andererseits gibt es heute keine breite antikapitalistische Massenbewegung.

Was kann da eine Studierendenorganisation wie der „Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband“, kurz: Die Linke.SDS, machen?

Der heutige SDS kann Theorie und Praxis zusammenbringen. Da gibt es schon Ansätze. Ich denke da zum Beispiel an die praktische Rolle im Bildungsstreik, die gleichzeitigen Theoriedebatten in Lesekreisen oder auf dem „Make Capitalism History“-Kongress 2009 und vor allem an den Anspruch, beides, Theorie und Aktion, zusammenzubringen.

Anders als die US-amerikanischen SDS bezieht sich Die Linke.SDS heute auf eine Partei. Das widerspricht vollkommen der Haltung der 68er in Deutschland und in den USA. Diese hatten das Parlament bereits abgehakt.

Das stimmt. Aber ich halte es für richtig, radikale bewegungsorientierte Politik mit der Unterstützung der parlamentarischen Linken zu kombinieren. DIE LINKE kann soziale Kämpfe voranbringen, wenn sie sich als mehr versteht, als eine normale parlamentarische Partei. Vor allem müssen wir da weitermachen, wo die US-amerikanischen SDS gescheitert sind: Wie sieht die konkrete Einheit von Studierenden und Arbeitern heute aus? Und: Was können wir heute tun, um eine antikapitalistische Bewegung aufzubauen, die weit über die Universitäten hinausreicht? ★

Interview: Ole Vincent Guinand

Die Linke.SDS – Frequently Asked Questions

AGs

[1] Worum geht's?

Die Linke.SDS – kurz Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist seit seiner Gründung im Mai 2007 an den deutschen Hochschulen präsent. Seitdem setzt sich der SDS für bessere Studienbedingungen ein – und versteht dies als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Kampfes gegen die Krise, gegen Sozialabbau, Krieg, Umweltzerstörung, Ausgrenzung und Unterdrückung jeglicher Art. Mit dem Namen bringt Die Linke.SDS als politisch und organisatorisch unabhängige Organisation

sowohl die Nähe zur Partei DIE LINKE zum Ausdruck als auch den Anspruch, an der außerparlamentarischen Tradition des SDS der 68er-Bewegung anzuknüpfen.

[2] Wie kann ich mitmachen?

An über 40 Hochschulen in Deutschland gibt es bereits aktive Gruppen. Wenn es noch keine Gruppe an deiner Hochschule gibt, hilft dir die AG Gruppen- und Kampagnenbetreuung beim Aufbau einer. Kontakt unter: www.linke-sds.org



Innerhalb von Die Linke.SDS gibt es viele bundesweite Arbeitsgruppen (AGs), zum Beispiel die AG Kritische Wissenschaften, die AG Antimilitarismus und Frieden, die AG Feminismus oder die AG Antifa. Alle Interessierten sind herzlich zum Mitmachen eingeladen. Kontakt zu den AGs unter www.linke-sds.org oder Tel. 030-24009130

Gruppen vor Ort



Die Linke.SDS gibt es auch an deiner Hochschule – hier die Kontakte vor Ort.

- AACHEN:** FHTW Aachen, Kontaktperson: Nelly, nelly.elachkar@hotmail.com ★
- BERLIN FU:** Kontakt: Ole Guinand, sds.fu@gmx.de, 01512 9113696, www.sds-fu.de ★
- BERLIN HU:** Kontakt: Julia Dück, sds.dielinke-hu@web.de, 0176 23932884, www.hu-berlin.linke-sds.org ★
- BIELEFELD:** sdsbielefeld@yahoo.de ★
- BOCHUM:** Kontakt: Fabian Arndt, arndt.fabian@yahoo.de, 01762121396 ★
- BONN:** kontakt@die-linke-sds-bonn.de, www.die-linke-sds-bonn.de ★
- BREMEN:** Kontakt: Ahmed, ahmed.abed@dielinke-bremen ★
- DARMSTADT FH:** Kontakt: Jens Liedtke, liedtke@maldes.de, 0177 4286984 ★
- DORTMUND:** Linke Liste (assoziertes Mitglied), linkeliste@asta.uni-dortmund.de ★
- DRESDEN:** Kontakt: Enrico Pfau E-Mail: info@linke-hsg-dresden.de Telefon: 01578 8491487 Homepage: www.linke-hsg-dresden.de ★
- DUISBURG/ESSEN:** Kontakt: Julian, julianben@arcor.de, 017623567777 ★
- EBERSWALDE:** linke-aktion-ew@gmx.de ★
- ERFURT:** Kontakt: Robert Blättermann, robert_bl@web.de, 0162 9515837 ★
- FRANKFURT/MAIN:** Kontakt: Lisa Deniz, lisadeniz@web.de, 0176 51195179, dielinke.sds-ffm.de ★
- FRANKFURT/ODER:** Kontakt: dielinke.sds-viadrina@gmx.de, www.viadrina.linke-sds.org ★
- FREIBURG:** Kontakt: Julia Meier, jtmeier@gmx.de, 0179 9055512, sds.dielinke-freiburg.de ★
- GÖTTINGEN:** Kontakt: Catherine Gosse, catherine86@web.de, 0178 5232547 ★
- GREIFSWALD:** Kontakt: Claudia Sprengel, linke.sds.greifswald@googlemail.com, www.greifswald.linke-sds.org ★
- HALLE:** sds.mlu@googlemail.com, sdsmlu.blogspot.com ★
- HAMBURG:** Uni Hamburg, DIE LINKE.SDS, Kontakt: Konstantin Braun, maybe5@gmx.de, dielinkesdsunihamburg.blogspot.com ★
- HAMBURG BLS:** Linke.SDS BLS Kontakt: Daniel Uhlig, die-linke-bls@hotmail.de, www.die-linke-bls.blogspot.com ★
- HANNOVER:** info@dielinke-hsg-hannover, www.dielinke-sds-hannover.de ★
- HEIDELBERG:** Kontakt: Alex Malsch, sds@fsk.uni-heidelberg.de, www.sds-heidelberg.de, 06221 168174 ★
- JENA:** Kontakt: Christian Götze, christians_adresse@web.de ★
- KASSEL:** Kontakt: Sebastian Zintel, kontakt@linke-sds-kassel.de, 0176 24671420, www.linke-sds-kassel.de ★
- KIEL:** dielinke.sds-kiel@gmx.de ★
- KÖLN:** Kontakt: Jenny Nenoff, uni-koeln@die-linke.org, www.die-linke.org/hsg-koeln, 01773061627 ★
- KONSTANZ:** Mirco Kolarczik, Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de ★
- LEIPZIG:** Kontakt: Jana Werner, sds-leipzig@gmx.de, 0177 4929892 www.linke-hsg-leipzig.de ★
- LÜBECK:** mona-isabell@Mittelstein.name ★
- MAGDEBURG:** info@sds-dielinke-lsa.de, www.sds.dielinke-lsa.de ★
- MAINZ:** Kontakt: Sebastian Buhl, sds-mainz@web.de ★
- MANNHEIM:** Kontakt: Julien Ferrat, sds@dielinke-ma.de, 0621 1540864 ★
- MARBURG:** info@sds-marburg.de, www.sds-marburg.de ★
- MÖNCHENGLADBACH:** (assoziertes Mitglied) Kontakt: Hilmar Schulz, hilmar.schulz@asta.hs-niederrhein.de, 0177 4237968 ★
- MÜNCHEN:** Kontakt: Max Steiniger, maxsteiniger@gmx.de, 0151 23078675 ★
- MÜNSTER:** Kontakt: Hannes Draeger, hannes-draeger@gmx.de, 0176 21174818 ★
- NÜRNBERG/ERLANGEN:** Kontakt: Ramona Tax, ramona.tax@web.de, 0175 4776527 ★
- OLDENBURG:** Kontakt: Bahattin Aslan, bahattin_aslan@web.de ★
- POTSDAM:** Kontakt: Friederike Benda, friederike.benda@googlemail.com, www.linke-sds.org/potsdam ★
- REGENSBURG:** Kontakt: Sascha Collet, info@sds-regensburg.de, 0179 7361226 ★
- ROSTOCK:** kontakt@sds-rostock.de, www.sds-rostock.de ★
- SAARBRÜCKEN:** Kontakt: Sebastian, sds.saarbruecken@googlemail.com ★
- STUTTGART:** Kontakt: Martin Horsch, stuttgart@linke-hochschulgruppe.de ★
- TÜBINGEN:** info@solid-sds.de, www.solid-sds.de ★
- WEDEL:** Kontakt: Sven Dehmlow, sven@solid-hamburg.de ★
- WÜRZBURG:** Kontakt: Julia Altenburger, sds-wuerzburg@gmx.de, 0178 5975041, www.sds-wuerzburg.de ★

Weitere Kontakte unter Telefon: 030 – 24009130 und im Internet unter: www.linke-sds.org

MACH MIT BEI dielinke.SDS

Ich will...

- mich an Anti-Nazi-Aktivitäten beteiligen
- Info über die Castor-Proteste
- mehr Info über Die Linke.SDS bekommen
- bei Die Linke.SDS mitmachen

Vorname Name:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Hochschule / Bundesland:

E-Mail:

Telefon:



So hatte sich der Makler die Wohnungsbesichtigung nicht vorgestellt: Fette Mieten Party statt fette Abzocke

May Naomi Blank

Feiern gegen fette Mieten

Mit unangekündigten Partys protestieren Hamburger Studierende gegen steigende Mieten. Dabei steht Wohnraum leer. Von **May Naomi Blank** und **Jan Vahlenkamp**

Sie sind gekommen, um gegen steigende Mieten zu kämpfen. Sie brachten Konfetti.

Vor einem ganz normalen Hauseingang in Hamburg-Ottensen versammelt sich ein Grüppchen Männer in Fracks und Frauen in Abendrobe. Einer verteilt venezianisch anmutende Masken, ein Anderer gießt Sekt in Plastikkelche. Flugblätter gegen Gentrifizierung werden in den Jackettaschen verstaubt. Dann startet die Polonaise ins Innere des Hauses: Die Protestierenden stürmen eine öffentliche Wohnungsbesichtigung und verwandeln sie in eine improvisierte Party.

Aber nicht nur aus Lust und Laune. Sie wollen darauf aufmerksam machen, wie schwierig es für Geringverdienende in Hamburg heutzutage ist, überhaupt noch eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu bekommen.

Ottensen, der Ort des Geschehens, ist wie ein Musterbeispiel für diesen auch als „Yuppisierung“ bekannten Prozess, der derzeit in aller Munde ist. Der ehemals rebellische, multikulturelle Szenestadtteil ist heute zu einem gediegenen Stadtzentrum für Besserverdienende geworden. „Es gibt kein verfassungsgemäßes Recht auf das Wohnen in Ottensen“ meint der Hamburger Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs. „Wenn ich schnell eine preisgünstige Wohnung haben will, muss ich eben

nach Bahrenfeld ziehen.“ Doch das wollen die ungeladenen Hausbesichtigter nicht hinnehmen.

Schon zum fünften Mal veranstaltet das Kollektiv „Recht auf Wohnraum“ eine Wohnungsbesichtigungsparty, um die steigenden Mieten in der Stadt in die Öffentlichkeit zu bringen. Erfunden hat die neue Protestform die französische Initiative „Jeudi Noir“.

Auf St. Pauli haben sich die Mietpreise fast um ein Drittel erhöht

Seit mehr als fünf Jahren halten die Pariser Protestler die Immobilienszene der Stadt in Atem.

In Hamburg sind die Mieten seit 2006 um durchschnittlich 15 Prozent auf über zehn Euro pro Quadratmeter gestiegen. Auf St. Pauli haben sich die Mietpreise um fast ein

Gentrifizierung

Künstler und Studierende ziehen in günstige Viertel. Ihnen folgen Szenebars, Immobilienmakler und steigende Mieten. So werden die ursprünglichen Anwohner verdrängt

Drittel erhöht. Weil immer mehr Wohnungen luxussaniert werden, können Vermieter und Immobilienagenturen höhere Preise verlangen. Mittlerweile zahlt der Hamburger zwischen 36 und 45 Prozent seines Monatseinkommens für die Miete. Der Bundesdurchschnitt liegt bei unter 26 Prozent. Das Studentenwerk verlost zu Semesterbeginn die knappen Plätze der Wohnheime.

In Hamburg steht jedes zehnte Büro leer, weil Firmen so Steuer sparen können

Dabei sinkt die Zahl der Sozialwohnungen in der Hansestadt weiter. Während für Wohlhabende ganze Stadtviertel gebaut werden, wie etwa die Hafen City, werden Menschen mit wenig Geld an den Stadtrand gedrängt. Sie können froh sein, überhaupt etwas gefunden zu haben, denn eine Wohnung im innenstadt-

nahen Bereich ist für Normalverdienende kaum noch erschwinglich.

Zusätzlich steht in Hamburg jedes zehnte Büro leer. Der Grund: Firmen können leer stehende Büroflächen von der Steuer abschreiben und es besteht im Gegensatz zu Wohnraum keine Verpflichtung, die Fläche zu vermieten. Doch anstatt in einer solchen Situation einen Baustopp für neue Büros anzuordnen, genehmigte die schwarz-grüne Landesregierung den Umbau von Wohnungen in Geschäftsräume. Laut Angaben des Hamburger Mietervereins betraf dies in den letzten Jahren rund 40.000 Wohnungen.

Genau dagegen feiert die Initiative „Recht auf Wohnraum“. Auf ihren Flyern steht, dass Wohnraum ein grundsätzliches Bedürfnis aller Menschen ist. Keine Ware, um Profite für Unternehmer und Vermieter zu sichern. Die Partygäste fordern eine gesetzlich vorgeschriebene Höchstmiete und die Umwandlung von leer stehenden Büros in Wohnungen.

Als der Makler die Polizei gerufen hat, sind die Aktivisten schon längst in eine Ottensener Kneipe weitergezogen und planen die nächste Aktion: Für den 23. Oktober mobilisiert ein breites Bündnis unter dem Motto „Leerstand zu Wohnraum“ zu einer Demonstration hin zum Astra-Turm auf St. Pauli. Mit Möbeln, Topfpflanzen und Kopfkissen bewaffnet wollen die Demonstranten zum Büro-Turm ziehen, der seit seiner Fertigstellung vor drei Jahren fast gänzlich leer steht. ★

das Schanzenviertel in Hamburg. Mehr dazu: Im Buch „Gentrifidingsbums oder eine Stadt für Alle“ von Christoph Twickel oder in der Doku „Empire St. Pauli“ ★